



#dieschmidt



der Newsletter

05.06.2020

**Liebe Genossinnen und Genossen,
liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,**

gemeinsam haben wir es geschafft – durch rücksichtsvolles und solidarisches Miteinander – die Ausbreitung des Corona-Virus einzudämmen. Das liegt nicht zuletzt daran, dass sich die allermeisten an die geltenden Kontaktbeschränkungen und Hygienemaßnahmen halten. Und das ist gut so. Je mehr wir uns alle an die Regeln halten, desto mehr Bewegungsfreiraum bieten wir auch insbesondere denjenigen, die zur Risikogruppe gehören. Ich bin dankbar dafür, dass so viele diese Solidarität leben und Rücksicht aufeinander nehmen. Auch wenn die Kontaktbeschränkungen vorerst bis zum 21. Juni 2020 verlängert wurden, kehrt in vielen Teilen unserer Gesellschaft schrittweise in eine neue Normalität ein. Es geht jetzt darum die Weichen richtig zu stellen, damit wir alle in eine gute Zukunft blicken können und wir – wie es Vizekanzler und Bundesfinanzminister Olaf Scholz gestern beschrieben hat – mit „Wumms aus der Krise kommen“. Ich bin überzeugt: mit dem jetzt vorgelegten Konjunkturpaket werden wir das schaffen. Mit rund 130 Milliarden Euro – davon 120 Milliarden Euro Bundesmittel – stärken wir Familien, Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, Auszubildende, den Handel, den öffentlichen Personenverkehr, das Gesundheitssystem, den Klimaschutz. Wir stärken das Leben vor Ort und die Menschen in Deutschland. Wir unterstützen Familien mit einem Kinderbonus von 300 Euro pro Kind (mehr dazu weiter unten), entlasten unsere Kommunen finanziell und kurbeln die Wirtschaft mit einer Senkung der Mehrwertsteuer an – vom 01. Juli 2020 bis zum 31. Dezember 2020 wird der Mehrwertsteuersatz von 19 % auf 16 % (der ermäßigt von 7% auf 5%) abgesenkt. Dafür plant der Bund rund 20 Milliarden Euro ein.

Über die Umsetzung des vorgestern beschlossenen Konjunkturprogramms werden wir in den nächsten Wochen im Bundestag entscheiden – dazu werde ich wie gewohnt an dieser Stelle, in den sozialen Medien und auf meiner Webseite berichten. Heute möchte ich Ihnen/Dir einen kurzen Überblick über das geplante Programm geben.

Wie immer freue ich mich über Rückmeldungen und Fragen unter dagmar.schmidt@bundestag.de oder 06441 209 25 22. Ich nehme diese gerne mit in den Gesetzgebungsprozess in Berlin.

Mit solidarischen Grüßen

Dagmar Schmidt, MdB

Für kleine und mittlere Einkommen



Ob monatlich 1.000€ auf dem Konto landen oder 10.000€ - auf den Einkauf im Supermarkt zahlen wir alle gleich viel Mehrwertsteuer. Das bedeutet auch, dass die Mehrwertsteuer die Haushalte verhältnismäßig am stärksten belastet, die weniger Geld zur Verfügung haben. Gerade sie brauchen aber jetzt eine Entlastung, denn sie können die coronabedingten Einnahmeneinbuße nicht so gut abfangen, wie diejenigen, die gut verdienen. Deswegen ist es gut, dass die Mehrwertsteuer vom 01. Juli 2020 bis zum 31. Dezember 2020 von 19% auf 16% (bzw. 7% auf 5%) gesenkt wird. So helfen wir Beschäftigten, Familien und vor allem denen mit kleinen Einkommen. Gleichzeitig setzen wir damit Kaufimpulse für große und kleine Investitionen und stärken die Binnennachfrage. [...weiterlesen](#)

Für Familien



Familien – Kinder, Jugendliche und ihre Eltern – müssen in der Corona-Krise besonders viel schultern. Viele Eltern kommen an ihre Belastungsgrenze – auch finanziell. Es ist gut, dass sich Bundesfamilienministerin Dr. Franziska Giffey im Koalitionsausschuss erfolgreich für weitere Unterstützungen für Familien stark gemacht hat und insbesondere spürbare Unterstützung für Mütter erreicht hat: Mit einem Kinderbonus von 300 Euro je Kind unterstützen wir Familien finanziell und steigern zusätzlich die Kaufkraft. Mit weiteren Investitionen in den Ausbau der Kindertagesbetreuung entlasten wir Eltern und verbessern die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. [...weiterlesen](#)

Für das Leben vor Ort



Hohe Steuerausfälle, steigende Sozialausgaben: Städte und Gemeinden haben schwer mit den Folgen der Corona-Pandemie zu kämpfen. Dabei findet unser Leben vor Ort in den Kommunen statt. Wenn sie finanziell nicht gut aufgestellt sind, hat das Auswirkungen auf uns alle: Schwimmbäder müssen schließen, Kitagebühren werden erhöht, Unterstützungsangebote fallen kleiner aus. Kurzum: Unsere Landkreise, Städte und Dörfer sind Dreh- und Angelpunkt für ein gutes Leben und für einen guten Weg aus der Krise. Deswegen ist es gut, dass wir sie jetzt mit einem kommunalen Solidarpakt unterstützen: Wir gleichen ihre Steuerausfälle aus und senken ihre Ausgaben. Denn wenn Betriebe ihre Produktion reduzieren oder einstellen und sie Einnahmeverluste haben, bedeutet das auch, dass die Gewerbesteuererinnahmen, eine wichtige kommunale Einnahmequelle, sinken. Der Bund wird mit 5,9 Milliarden Euro die Hälfte dessen auffangen, was die Kommunen laut Steuerschätzung coronabedingt weniger einnehmen werden. Die andere Hälfte werden die Länder tragen. Damit stabilisieren wir die finanzielle Basis des Kommunen und halten sie handlungsfähig. Gleichzeitig werden wir die Kommunen auch auf der Ausgabenseite entlasten. Je mehr Menschen Sozialleistungen beziehen, desto höher sind auch die Kosten der Kommunen. Wir lassen sie nicht im Stich und erhöhen deswegen unseren Anteil an den Kosten der Unterkunft (Kosten für Wohnung und Heizung für diejenigen, die in der Grundsicherung sind) von 50% auf 75%. Dadurch entlasten wir die Kommunen mit rund 4 Milliarden Euro pro Jahr. [...weiterlesen](#)

Für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer



Mit dem Kurzarbeitergeld haben wir vielen Beschäftigten und Unternehmen eine Brücke in bessere Zeiten gebaut. Statt Stellen abzubauen, können Unternehmen seit Beginn der Corona-Pandemie leichter Kurzarbeitergeld beantragen. Damit schützen wir Millionen Arbeitsplätze. Das Kurzarbeitergeld hat sich in der Krise bewährt. Die aktuellen Regelungen gelten bis Ende des Jahres 2020. Es ist aber noch nicht absehbar, wie sich die Corona-Pandemie weiter entwickelt oder wie lange in bestimmten Branchen noch mit Arbeitsausfällen zu rechnen ist. Deswegen ist es gut, dass sich die Koalitionsspitzen gestern darauf geeinigt haben im September – mit Blick auf die Entwicklung in der Corona-Pandemie – verlässliche Regelungen für die Zeit ab dem 01. Januar 2021 vorzulegen. [...weiterlesen](#)

Für alle in der Grundsicherung



Wir wollen, dass niemand Angst haben muss mittellos dazustehen, auch wenn durch die jetzige Krise allmählich das Einkommen oder die wirtschaftliche Existenz wegbricht. Deswegen haben wir bereits im März den Zugang zu Leistungen der Grundsicherung vereinfacht und werden dies – wie vorgestern beschlossen – bis zum 30. September hinaus verlängern. Das bedeutet: Wer einen Antrag auf Grundsicherung stellt, muss zwar weiterhin Angaben zum Vermögen, zur Wohnung und zu den Heizkosten machen. Diese werden aber nicht zur Berechnung der Grundsicherung herangezogen – damit niemand in eine neue Wohnung ziehen muss, weil coronabedingt kurzfristig die Einnahmen fehlen. Denn für viele wird es nach und nach wieder bergauf gehen – wenn ihr Betrieb wieder in die normale Produktion einsteigt, Musikerinnen und Musiker wieder für Konzerte gebucht werden, es wieder Messen und Veranstaltungen gibt und sich unser gesellschaftliches Leben wieder normalisiert hat.

Für Auszubildende



Corona beschränkt unsere Gegenwart. Wir müssen verhindern, dass es auch die Zukunft Millionen Jugendlicher beschränkt. Deshalb sorgen wir dafür, dass trotz der aktuellen Situation Schulabsolventinnen und Schulabsolventen ihre Ausbildung beginnen und Auszubildende ihre laufende Ausbildung ordentlich beenden können. Wenn Betriebe Auszubildende von insolventen Firmen übernehmen, erhalten sie eine Übernahmeprämie. Falls eine Ausbildung im Betrieb nicht fortgeführt werden kann, bauen wir überbetriebliche Strukturen auf. Um neue Ausbildungsplätze zu fördern, erhalten jene Betriebe eine einmalige Prämie in Höhe von 2.000 Euro, die ihr Ausbildungsangebot gegenüber den Vorjahren aufrechterhalten. Wenn sie das Angebot erhöhen, erhalten sie für die zusätzlichen Ausbildungsverträge 3.000 Euro. Damit unterstützen wir junge Menschen bei ihrem Start ins Erwerbsleben und stellen sicher, dass wir auch in Zukunft gut ausgebildete Fachkräfte haben.

Für Betriebe und Unternehmen



Besonders kleine und mittelständische Unternehmen haben durch die Corona-Pandemie erhebliche Umsatzeinbrüche erlitten. Um ihnen eine finanzielle Brücke zu bauen, stellt der Bund 25 Milliarden Euro Überbrückungshilfen bereit. Diese wird für die Monate Juni bis August gewährt. Der maximale Zuschuss beträgt 150.000 Euro für drei Monate. Die Hilfe gilt unter bestimmten Voraussetzungen für alle Unternehmen branchenübergreifend. Sie soll aber insbesondere den besonders betroffenen Branchen wie Hotel- und Gaststättengewerbe, Caterer, Kneipen, Clubs und Bars, als Sozialunternehmen geführte Übernachtungsstätten wie Jugendherbergen, Schullandheime, Träger von Jugendeinrichtungen des internationalen Jugendaustauschs, Einrichtungen der Behindertenhilfe, Reisebüros, Profisportvereinen der unteren Ligen, Schaustellerinnen und Schaustellern, Unternehmen der Veranstaltungslogistik sowie Unternehmen im Bereich um Messeveranstaltungen dabei helfen Einnahmeausfälle zu überbrücken. [...weiterlesen](#)

Für Kunst und Kultur



Stadtfeste, Konzerte und Festivals wurden – und werden weiterhin – abgesagt. Theater und Museen waren lange geschlossen. Die Kultur- und Veranstaltungsbranche hat in den letzten Wochen stillgestanden. Das bedeutet massive Einnahmeverluste für alle, die sich dort engagieren – von der Veranstaltungstechnikerin bis zum Maskenbildner und für die Kultureinrichtungen – Theater, Kinos, große und kleine Veranstaltungsorte. Sie alle haben in den letzten Wochen Einnahmeverluste erlebt und müssen um ihre Existenz bangen. Wir bauen deshalb eine Brücke und stellen mit einem Hilfsprogramm für den Kulturbereich eine Milliarde Euro bereit, um die Kulturprojekte und die Kulturinfrastruktur in Deutschland zu stützen. [...weiterlesen](#)

Für die Umwelt



Starkregen, Überflutungen, Waldbrände, Hitzerekorde – die Auswirkungen des Klimawandels sind schon heute dramatisch. Deswegen ist es wichtig und richtig, dass wir im Konjunkturpaket einen Fokus auf neue emissionsfreie Fahrzeuge setzen und der Bund den Anteil am Umweltbonus verdoppelt. Bei Nettolistenpreisen bis 40.000 Euro steigt die Prämie bei E-Autos auf 6.000 Euro – zusätzlich zur Prämie der Industrie. Wir fördern damit gezielt Zukunftstechnologie, unterstützen die Automobilbranche bei ihrem Wechsel hin zu klimafreundlichen Antrieben und fördern damit auch langfristige Beschäftigung. [...weiterlesen](#)

Für das Gesundheitssystem



Die Corona-Pandemie wirkt in vielen Bereichen unseres Lebens wie eine Lupe – so auch im Gesundheitssystem. Deswegen ist es gut, dass wir mit einem „Pakt für den öffentlichen Gesundheitsdienst“ in unser Gesundheitssystem investieren. Damit die Gesundheitsämter zusätzlich benötigte Stellen schaffen können und sich technisch und digital besser auf- und ausrüsten können. Außerdem werden wir die Ausstattung der Krankenhäuser in Deutschland verbessern: Mit drei Milliarden Euro wollen wir in Notfallkapazitäten und digitale Infrastruktur investieren. Wir werden das Gesundheitswesen modernisieren und in IT- und Cybersicherheit investieren – damit die Daten von Patientinnen und Patienten sicher sind. Wir investieren in die regionalen Versorgungsstrukturen, damit alle Menschen Zugang zu guter medizinischer Versorgung haben – egal, wo sie leben. Und schließlich stocken wir die Mittel für Impfstoffentwicklung erneut auf und fördern die inländische Produktion wichtiger Arzneimittel und Medizinprodukte zusätzlich mit einer Milliarde Euro.

Für weltweite Solidarität



Viele Entwicklungs- und Schwellenländer sind von der Corona-Pandemie besonders stark betroffen, weil die Menschen dort oft eng gedrängt leben müssen und es an Zugang zu sauberem Wasser fehlt. Die medizinische Versorgung ist schlecht und soziale Sicherungssysteme sind fast nicht vorhanden. Die Zahl der Arbeitslosen und Hungernden ist drastisch gestiegen. Deshalb ist es gut, dass wir nun solidarisch den ärmsten Menschen mit humanitärer Hilfe und einer Stärkung der Gesundheitssysteme sowie dem Aufbau wirtschaftlicher Perspektiven helfen. Eine Pandemie kann nur weltweit besiegt werden. Mit je 1,5 Milliarden Euro zusätzlich in 2020 und 2021 werden wir unserer internationalen Verantwortung gerecht und leisten einen weiteren Schritt zur Erreichung unseres Ziels 0,7 Prozent des Bruttonationaleinkommens für öffentliche Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe auszugeben.